

Antrag A4

Antragssteller*innen: Bezirksvorstand Tempelhof-Schöneberg, Bezirksvorstand Neukölln, Denise Verch (BV Mitte), Fabian Nehring (LAG Vergesellschaftung), Juliane Stubbe, Kerstin Zimmer, Camilla Schuler, Sarah Bremer, Johannes Kolleck, Antonie Grütte (BV Mitte)

Der Landesparteitag möge beschließen:

**1 Bezirke auskömmlich finanzieren – öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge
2 sichern! Mitgliederentscheidung transparent gestalten.**

3 Der Landesparteitag fordert die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten
4 Vertreter*innen von Die Linke Berlin auf, sich für eine auskömmliche und verlässliche
5 Finanzierung der Berliner Bezirke sowie für eine transparente Finanzierungsstrategie
6 für politische Vorhaben einzusetzen.

7
8 Angesichts der aktuellen Haushaltslage stellt der im Sondierungspapier vereinbarte
9 Anpassungspfad für die öffentlichen Ausgaben die Koalitionsverhandlungen vor
10 erhebliche finanzielle Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, die Auswirkungen auf
11 die öffentliche Daseinsvorsorge und die Handlungsfähigkeit der Bezirke frühzeitig zu
12 berücksichtigen. Fachpolitische Vorhaben und finanzpolitische Vereinbarungen
13 müssen gemeinsam betrachtet und zu einer tragfähigen Gesamtvereinbarung
14 zusammengeführt werden.

15
16 Eine verlässliche Bezirksfinanzierung ist Voraussetzung dafür, öffentliche Gebäude
17 instand zu halten und zu sanieren, Schulen und Kitas bedarfsgerecht auszustatten,
18 notwendige Bauvorhaben umzusetzen und eine soziale, ökologische und lebenswerte
19 Stadtentwicklung zu ermöglichen. Ebenso müssen Klimaschutz und öffentliche
20 Gesundheit, die Pflege von Grünflächen, Spielplätzen und Sportanlagen, der Erhalt von
21 Kultureinrichtungen, Bildungsstätten und öffentlichen Räumen sowie eine
22 leistungsfähige Verwaltung mit ausreichend qualifiziertem Personal und angemessener
23 technischer Ausstattung gewährleistet sein.

24
25 Die Ergebnisse der Bezirksverordnetenversammlungswahlen 2026 unterstreichen den
26 politischen Auftrag, die Bezirke zu stärken und eine handlungsfähige öffentliche
27 Daseinsvorsorge zu sichern. Die Linke erreichte auf Bezirksebene berlinweit
28 durchschnittlich 24,1 Prozent der Stimmen und verbesserte sich gegenüber 2023 um
29 11,5 Prozentpunkte. Damit zeigt sich die wachsende politische Bedeutung der
30 Bezirksebene für Die Linke, die sich auch in den Koalitionsvereinbarungen
31 widerspiegeln sollte. Die auskömmliche Finanzierung der Bezirke und der Erhalt ihrer
32 sozialen, baulichen, technischen und personellen Infrastruktur müssen deshalb bei der
33 Ausgestaltung des Anpassungspfades angemessen berücksichtigt werden.

34
35 Der Landesparteitag spricht sich daher für folgende Schwerpunkte in den
36 Koalitionsverhandlungen aus:

37
38 1. Die Bezirke verlässlich und auskömmlich finanzieren
39 Die Finanzierung der Bezirke muss sicherstellen, dass sie ihre gesetzlichen Aufgaben
40 erfüllen, bestehende Verpflichtungen einhalten und vereinbarte politische Vorhaben

umsetzen können. Die finanziellen Auswirkungen des Anpassungspfades auf die Bezirke müssen von Beginn an berücksichtigt werden.

Der politische Anspruch der Partei, die finanzielle Ausstattung der Bezirke insgesamt zu verbessern, muss sich in einer auskömmlichen Finanzierung und einer entsprechenden Erhöhung der Landeszuweisungen widerspiegeln. Dabei darf die Finanzierung nicht hinter die bisherigen Forderungen des Rates der Bürgermeister zurückfallen. Pauschale Absenkungen der Bezirksplafonds und ungedeckte Sparvorgaben, etwa durch starre Vorgaben zur Reduzierung von Büroflächen, sind zu vermeiden. Kostensteigerungen durch Inflation und Tarifierhöhungen sowie notwendige Aufwendungen für den Erhalt und die Sanierung der bezirklichen Infrastruktur müssen realitätsgerecht und dauerhaft in der Globalsummenzuweisung abgebildet werden. Einsparungen auf Landesebene dürfen nicht zulasten der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben oder der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur in den Bezirken gehen. Die bestehenden Finanzierungs- und Steuerungsmechanismen sollen im Hinblick auf eine langfristig bedarfsgerechte Finanzierung der Bezirke weiterentwickelt werden.

2. Kürzungen bei öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge begrenzen
Einsparungen dürfen nicht zulasten sozialer Leistungen, notwendiger Unterstützungsangebote und der öffentlichen Infrastruktur gehen. Dazu gehören insbesondere existenzsichernde Sozialleistungen, soziale Einrichtungen und Beratungsangebote sowie der Erhalt öffentlicher Gebäude, Schulen und Kitas, notwendige Bau- und Sanierungsvorhaben und die personelle und technische Ausstattung der Verwaltung. Gleiches gilt für die Stadtentwicklung, Kultureinrichtungen, Bildungsstätten, den Klimaschutz, die öffentliche Gesundheit sowie den Erhalt von Grünflächen, Spielplätzen, Sportanlagen und öffentlichen Räumen.

Die Koalitionsverhandlungen sollen darauf hinwirken, notwendige Angebote und Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sichern. Die geplanten Vereinbarungen mit sozialen Trägern müssen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit gewährleisten.

3. Finanzielle Rahmenbedingungen und politische Vorhaben gemeinsam bewerten
Im Verlauf der Koalitionsverhandlungen muss ein nachvollziehbares Gesamtbild der finanziellen Spielräume, politischen Vorhaben, bestehenden Verpflichtungen und zusätzlichen Bedarfe entwickelt werden. Dabei sind die möglichen Auswirkungen des Anpassungspfades auf den Landeshaushalt und die Bezirke sowie mögliche zusätzliche Risiken durch ein Verfahren des Stabilitätsrates oder veränderte haushaltspolitische Rahmenbedingungen einzubeziehen.

Eine solche Gesamtschau soll politische Prioritäten aufeinander abstimmen, Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Zielkonflikte sowie finanzielle Risiken frühzeitig erkennen. Sie muss nachvollziehbar darstellen, welche Vorhaben finanziell abgesichert sind und wo Einschränkungen oder Kürzungen drohen. Ziel ist eine realistische Bewertung der finanziellen Möglichkeiten und ihrer politischen Konsequenzen, ohne sämtliche Haushaltspositionen im Detail aufzulisten oder eine bestimmte Form der Finanzplanung vorzugeben.

4. Eine fundierte und transparente Mitgliederentscheidung ermöglichen
Vor der innerparteilichen Entscheidung über einen möglichen Koalitionsvertrag müssen

die Mitglieder rechtzeitig und verständlich über die wesentlichen Verhandlungsergebnisse informiert werden. Sie müssen nachvollziehen können, welche Vorhaben voraussichtlich umgesetzt werden können, wo finanzielle Einschränkungen bestehen und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Nur so können sie auf einer fundierten Informationsgrundlage über einen möglichen Koalitionsvertrag entscheiden.

Begründung: Das Sondierungspapier von Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD sieht angesichts der angespannten Haushaltslage einen Konsolidierungspfad bis 2031 vor. Dieser soll unter anderem durch Ausgabenbegrenzungen, zusätzliche Einnahmen, eine veränderte Investitionsfinanzierung und eine stärkere Priorisierung der Ausgaben umgesetzt werden. Da zusätzliche Bedarfe durch Umschichtungen finanziert werden sollen, bleiben die finanziellen Spielräume begrenzt. Damit steigt der Druck, politische Vorhaben und bestehende Verpflichtungen gegeneinander abzuwägen und Prioritäten zu setzen. Gelingt es nicht, die Konsolidierungsziele mit ausreichenden finanziellen Spielräumen und tragfähigen Lösungen zu verbinden, könnten Einschränkungen bei Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge die Folge sein.

Die Bezirke tragen unmittelbare Verantwortung für wesentliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Handlungsfähigkeit ist für die Menschen von unmittelbarer Bedeutung und damit eine zentrale Voraussetzung dafür, dass politische Vorhaben im Alltag der Berliner*innen wirksam werden. Der Anspruch, die Bezirke zu stärken, muss sich auch unter begrenzten finanziellen Spielräumen in den Koalitionsvereinbarungen widerspiegeln.

Deshalb müssen die finanziellen Folgen des im Sondierungspapier aufgeführten Anpassungspfades von Beginn an gemeinsam mit den politischen Zusagen und bestehenden Verpflichtungen bewertet werden. Dafür ist eine übergeordnete Gesamtfinanzplanung notwendig, die finanzielle Spielräume, zusätzliche Bedarfe und absehbare Zielkonflikte transparent macht. Sie muss erkennen lassen, welche Vorhaben finanziell abgesichert sind und wo Einschränkungen oder Kürzungen zu erwarten sind.

Die Mitglieder von Die Linke Berlin müssen vor ihrer Entscheidung über einen möglichen Koalitionsvertrag beurteilen können, welche politischen Kompromisse eingegangen werden und welche Auswirkungen diese auf die Bezirke und die öffentliche Daseinsvorsorge haben. Eine transparente Darstellung der wesentlichen finanziellen und politischen Konsequenzen ist dafür unerlässlich.

Eine auskömmliche Bezirksfinanzierung, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur und eine nachvollziehbare Gesamtfinanzplanung müssen daher zentrale Maßstäbe der Koalitionsverhandlungen sein.